

G-4

Titel Gerechte Grundsicherung
AntragstellerInnen Karlsruhe-Stadt
Zur Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, SPD Bundestagsfraktion
 angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Gerechte Grundsicherung

1 Wir fordern die Entwicklung der Grundsicherung hin zu einer gerechten Grundsicherung. Dazu schlagen wir
2 vor:

- 3 • Kindergeld soll nicht mehr als Einkommen verrechnet werden.
4 • Ausbildungsvergütungen und Bafög der Kinder von Leistungsempfänger*innen sollen vom Einkommen
5 der Bedarfsgemeinschaft ausgenommen werden.

6 **Begründung**

7 Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2015 zeigt die systematische Benachteiligung von
8 Kindern im Sozialhilfesystem auf ([http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/armutsstudie-von-bertelsmann-
9 belegt-benachteiligung-von-kindern-a-1032892.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/armutsstudie-von-bertelsmann-belegt-benachteiligung-von-kindern-a-1032892.html)). Ein wichtiger Schritt auf dem Weg des sozialen Aufstiegs
10 ist die finanzielle Unabhängigkeit von den Eltern. Derzeit werden aber Einkommen der Kinder (z. B. Ausbil-
11 dungsgehälter) mit als Einkommen einer Bedarfsgemeinschaft gewertet oder die Kinder müssen alternativ
12 Miete in angemessener Höhe leisten. Bis 2012 konnten sogar Einkünfte aus Ferienjobs als Einkommen der Be-
13 darfsgemeinschaft gewertet werden. Wir fordern das Kinder von Sozialhilfeempfängern nicht mehr zusätzlich
14 auch noch dadurch behindert werden, dass sie ihre Verdienste mit dem Einkommen der restlichen Bedarfsge-
15 meinschaft verrechnen müssen. Um Missbrauch zu verhindern, könnten dabei z. B. die gleichen Altersgrenzen
16 und Bedingungen wie für den Bezug von Kindergeld gelten.

17

18 Kindergeld wird als bedingungslose generelle Transferleistung des Staates an Familien mit Kindern gezahlt. Es
19 ist schwer einzusehen, warum gerade bei der Gruppe der Leistungsempfänger*innen das Kindergeld vollstän-
20 dig angerechnet wird, die diese Leistung am nötigsten hätten. Während auf der anderen Seite wohlhabende
21 Familien, die diese Transferleistung nicht benötigten, problemlos Kindergeld erhalten.